



## **Solothurner Wunsch nach eigenem Synodalrat als Postulat überwiesen**

---

Sachbearbeiter: Thomas Gehrig

Datum: 2. Dezember 2009

**Die im Synodalverband Bern-Jura integrierten acht Solothurner Kirchgemeinden umfassen 40'000 Reformierte. Um deren Interessen besser wahren zu können, fordern die 12 Solothurner Synodalen in einer Motion einen garantierten Sitz in der Kirchenregierung. Nach engagierter Debatte obsiegt der Kompromissvorschlag mit Überweisung als Postulat. Der Synodalrat hat zwei Jahre Zeit, um die versprochenen Verbesserungen umzusetzen und zu dokumentieren.**

Seit 2007 ist eine Solothurner Kandidatur für den Synodalrat zweimal gescheitert. Um die Eigenheiten, Verhältnisse und spezifischen Solothurner Bedürfnisse in die Erarbeitung der Geschäfte besser einbringen zu können, legte die Solothurner Deputation eine Motion vor.

### **Sympathie für berechtigtes Anliegen**

Als Sprecher der Solothurner ad hoc-Fraktion betont Robert Gerber (Grenchen), dass es nicht um einen Machtanspruch gehe. Die Reformierten im Oberen Kantonsteil leben aber in einem katholischen Kanton mit einer anderen Gesetzgebung als in Bern. In Solothurn gibt es keine Kirchendirektion und keine Regionalpfarrämter, die Kirchgemeinden besolden ihre Pfarrämter vollständig über die Kirchensteuern und haben grundlegend andere Gepflogenheiten im Religionsunterricht.

Synodalratspräsident Andreas Zeller hebt die jahrhundertlange gemeinsame Tradition hervor, verweist aber auf die Spielregeln, die bei den früheren Referenden eindeutig definiert waren und keinen Synodalrat vorsehen. Die Abschaffung des Departement Jura in der Reorganisation belegt den gesamtheitlichen Auftrag, den Synodalrätinnen und Synodalräte über eine Gebietsvertretung wahrzunehmen haben.

Die Diskussion zeigt starke Sympathie für das Anliegen, unterstützt aber den pragmatischen Weg über eine Optimierung der heutigen Interessenvertretung in Form der ständigen Solothurn-Delegation. Die GPK und verschiedene Votanten fordern eine rasche Umsetzung der vom Synodalrat vorgesehenen Massnahmen.

Aus der Jura-Fraktion kommt ein Kompromissvorschlag (Umwandlung in ein Postulat), nachdem der Jura besonders für Minderheiten sensibilisiert ist. Solothurn brauche nicht verfassungsmässige Garantien, aber Rücksichtnahme auf die spezifischen Anforderungen.

Aus den Freiburger Gemeinden im Synodalverband kommen Voten, die gegen die spezifische Berücksichtigung von Partikularinteressen sprechen. Der in den Legislativzielen 2007/11 skizzierte, mögliche Synodalverband mit Neuenburg, Freiburg und der Waadt würde die Karten wieder neu verteilen.

Gemäss Andreas Zeller haben in dieser Richtung erst Sondierungen stattgefunden. Weiter betont der Synodalratspräsident, dass die Überweisung keine Probleme löst, die nicht bereits geprüft worden sind. Er plädiert wenigstens für eine Beantwortungszeit von zwei Jahren, damit die gemachten Erfahrungen auch ausgewertet werden könnten.

Die Synode überweist das Postulat mit einem Zeithorizont von zwei Jahren (Wintersynode 2011). Damit wird der Synodalrat in die Lage versetzt, die von ihm selber vorgeschlagenen Optimierungen zu realisieren und wirksam werden zu lassen.

#### **Referent des Synodalrates**

Andreas Zeller, Präsident des Synodalrates